

Niederschrift

über die Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung am 16. Juni 2014

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung, Anerkennung der Tagesordnung**
- 2. Anerkennung der Niederschrift der Sitzung vom 24. März 2014**
- 3.a Anfrage „Neugestaltung des Internetauftritts der Stadt Düsseldorf“**
- 3.b Anfrage „Erfassung von städtischen Gebäuden in Bezug auf Barrierefreiheit (Auffindbarkeit, Zugänglichkeit, Nutzbarkeit)“**
- 4. Stufenmarkierung Rathaus, Gebärdensprachdolmetscherinnen beziehungsweise Gebärdensprachdolmetscher bei Livestreams der Ratssitzungen, Untertitelung von Videos im Internet**
- 5. Vierter Bericht zu den Maßnahmen zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung – Stand und Ergebnisse 2013**
- 6. Berichte aus den Runden Tischen**
- 7. Mitteilung der Verwaltung**
- 8. Verschiedenes**

Bürgerfragestunde

Anwesend:

Mitglieder des Beirates

Ratsherr Janetzki	Vorsitzender
Herr Wessels	stellvertretender Vorsitzender

Vertreterinnen und Vertreter der Menschen mit Behinderung

Herr Kozyk	Menschen mit Sehbehinderung
Herr Borzím / Frau Hampe	Menschen mit geistiger Behinderung
Herr Fischer	Menschen mit Körperbehinderung und chronischer Erkrankung
Herr Graf	Menschen mit Hörbehinderung
Frau Reichmann-Schmidt	Menschen mit psychischer Behinderung
Herr Decius	Körper- und Mehrfachbehinderte
Frau Kroker-Christmann	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen (ARGE e. V.)

Vertreterinnen und Vertreter der Ratsfraktionen

Ratsherr Kirschbaum	CDU
Ratsfrau Mohrs	SPD
Herr Dr. Piltz	FDP
Ratsfrau Ott	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Westerberg	Die Linke

Weitere Mitglieder

Herr Schlachetzki	Sprecher Runder Tisch Bauen
Frau Humpert-Kalb	Sprecherin Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie
Frau Sader	Seniorenbeirat
Herr Buschhausen	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Rigter	Behindertenkoordination
Frau Laqua	Gleichstellungsbüro
Frau Hoop	Gesundheitsamt

Stellvertretende Mitglieder

Frau Pohlmann	Menschen mit Sehbehinderung
Frau Dill	stellvertretende Sprecherin Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie
Herr Klussmann	stellvertretender Sprecher Runder Tisch Kommunikation
Frau Hermanns	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen (ARGE e. V.)
Herr Fladerer	stellvertretender Sprecher Runder Tisch Verkehr

Ratsherr Matheisen	FDP-Ratsfraktion
Herr Welski	Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Nowinski	Ratsfraktion Die Linke
Frau Bellstedt	Liga Wohlfahrt
Frau Güdelhöfer	Amt für Gebäudemanagement
Herr Dölling	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Hartmann	Behindertenkoordination

Weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke	Beigeordneter
Frau Dagge	Behindertenkoordination
Herr Müller	Behindertenkoordination (Schriftführung)

Entschuldigt

Ratsfrau Mohrs	SPD-Ratsfraktion
Herr Schulteis	Menschen mit psychischer Behinderung
Herr Marks	Menschen mit Mehrfachbehinderung
Herr Zielonka	Sprecher Runder Tisch Verkehr
Herr Joedecke	Sprecher Runder Tisch Kommunikation
Herr Hahn	stellvertretender Sprecher Runder Tisch Bauen
Frau Kerler	Amt für Gebäudemanagement
Frau Wiegand	Gleichstellungsbüro

1. Begrüßung, Anerkennung der Tagesordnung

Der Vorsitzende betont zu Beginn, dass dies die letzte Sitzung des Beirates in dieser Wahlperiode und auch seine letzte Sitzung als Vorsitzender sei. Er hoffe, dass in Zukunft die Menschen mit Behinderung ernster genommen und ihre berechtigten Anliegen besser und schneller umgesetzt würden. Er wünsche dem neuen Beirat in Verbindung mit dem neu gewählten Stadtrat gutes Gelingen für die Zukunft.

Ratsherr Janetzki begrüßt die anwesenden Beiratsmitglieder, Besucherinnen und Besucher und ausdrücklich den Beigeordneten, Herrn Prof. Dr. Meyer-Falcke. Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich Ratsfrau Mohrs, Herr Hahn und Herr Zielonka.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit gemäß der Geschäftsordnung des Beirates fest. Er bittet alle Teilnehmenden auf einen möglichst barrierefreien Ablauf der Sitzung zu achten. Das bedeute, sich jeweils vorzustellen, laut, deutlich und nicht zu schnell zu sprechen, das Mikrofon zu nutzen und sich einer möglichst einfachen Sprache zu bedienen. Fremdworte sollten vermieden und insbesondere Quergespräche und Zwischenrufe unterlassen werden.

Er stellt fest, dass die Einladung fristgerecht erfolgt ist.

Zu TOP 8 der Tagesordnung – „Verschiedenes“ gibt es einige Ergänzungen.

Frau Hampe und Frau Dill melden einen kurzen Bericht zu den Special Olympics an.

Herr Fischer kündigt eine Danksagung an die Verwaltung an.

Frau Humpert-Kalb wünscht eine kurze Sachstandsinformation der Verwaltung zum Thema Schulassistenzen.

Der Vorsitzende begrüßt den neu gewählten Ratsherrn Grenda, der im Vorfeld angefragt habe, ob er an der heutigen Sitzung teilnehmen könne. Er habe ihn eingeladen, weil er das Interesse der Ratsmitglieder an diesem Beirat sehr positiv bewerte.

2. Anerkennung der Niederschrift

Die Niederschrift der Sitzung am 24. März 2014 wird angenommen.

3. Anfragen

a) „Neugestaltung des Internetauftritts der Stadt Düsseldorf“

Herr Kozyk erläutert kurz seine Anfrage.

Für die Verwaltung erklärt Herr Buschhausen, dass die Antwort des zuständigen Amtes für Kommunikation zwar fertig gestellt, jedoch noch nicht unterschrieben sei.

Er verspricht, dass die Antwort umgehend nachgeliefert werde und das Thema als unbeantwortete Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werde.

Ratsfrau Ott wünscht, dass die Arbeit der Bezirksvertretungen ebenfalls in barrierefreier Form im Internet dargestellt werden sollte, um Menschen mit Behinderung den Zugriff darauf zu ermöglichen.

Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke merkt an, er könne als zuständiger Dezernent für den Bereich Personal und Organisation, der auch die Informationstechnik beinhalte, aus einer Antwort des Amtes für Kommunikation an den Personal- und Organisationsausschuss (POA) vortragen, die diesem in seiner Sitzung am 20. März vorlag.

„Die Barrierefreiheit ist integrativer Bestandteil des Onlineportals der Landeshauptstadt seit 2006. Die Einführung gemäß den Vorgaben der BITV 2.0 (Barrierefreie Informationstechnik Verordnung NRW) wurde seinerzeit durch den POA begleitet und finanziell unterstützt. Da auch weiterhin die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden, ist die Barrierefreiheit des neuen Internetauftritts eine Selbstverständlichkeit, die keiner gesonderten Erwähnung bedarf. In den internen Gesprächen, unter anderem zur technischen Umsetzung, ist die Einhaltung der BITV allerdings immer wieder ein wichtiges Thema. Auch bei der geplanten Inanspruchnahme externer Dienstleister/Agenturen wird darauf verwiesen. Bei einer späteren technischen Umsetzung des Internetangebotes durch die ITK Rheinland, unseren kommunalen Dienstleister, werden die Richtlinien in gewohnter Weise Bestandteil des Auftrages sein. Das Amt für Kommunikation sieht daher keine Notwendigkeit für eine gesonderte Konzeption zur Einhaltung der BITV NRW im Rahmen des geplanten Relaunch von www.duesseldorf.de. An der Beschaffung einer geeigneten Finanzsoftware, die die Haushaltsdaten barrierefrei aufbereiten kann, ist das Amt für Kommunikation nicht beteiligt. Die aus der Publikation des Amtes für soziale Sicherung und Integration zitierten Passagen sind generelle Vorgaben für alle Veröffentlichungen innerhalb von www.duesseldorf.de. Diese sind auch den am Internetauftritt beteiligten Ämtern und Instituten bekannt. Gerade in Bezug auf die Umsetzung barrierefreier PDF-Dokumente gibt es beim Amt für zentrale Dienste das nötige Fachwissen, auf das seitens des Amtes für Kommunikation bei Anfragen immer wieder verwiesen wird.“
(Aus einer Antwort des Amtes für Kommunikation an den POA vom Februar 2013.)

Anschließend betont Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke, dass die technische Umsetzung der Internetseiten im Rahmen eines Content-Management-Systems erfolge, in das die Redakteurinnen und Redakteure der Fachämter ihre Inhalte eingeben. Im Rahmen der Überarbeitung des Internetauftritts werde dieser Gesamtrahmen überarbeitet und angepasst. Im Anschluss müssten die Fachamtsredaktionen ihre Inhalte in diesen vorgegebenen „Baukasten“ einfügen. Diese Bausteine würden so gestaltet, dass sie barrierefrei seien, nicht nur weil es in der Verordnung stehe, sondern auch, weil es die feste Überzeugung der Verwaltung sei, dass es so sein müsse.

Herr Kozyk bemängelt die fehlende Beteiligung der betroffenen Behindertengruppen bei der Konzipierung des Internetneuauftritts.

Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke erklärt, dass auch seitens der verschiedenen städtischen Ämter eine Beteiligung durch die Agentur, die den Internetauftritt überarbeite, eingefordert und mittlerweile auch umgesetzt wurde. Er nehme die Anregung des Beirates auf, die betroffenen Behindertengruppen ebenfalls in geeigneter Form an den

Vorbereitungen der Überarbeitung des Internetauftritts (Relaunch) zu beteiligen und werde dies auch umgehend an die umsetzende Agentur weitergeben.

b) „Erfassung von städtischen Gebäuden in Bezug auf Barrierefreiheit (Auffindbarkeit, Zugänglichkeit, Nutzbarkeit)

Herr Kozyk erläutert kurz die Anfrage. Die Stadt Düsseldorf sei bereits im April 2013 von der Agentur Barrierefrei NRW schriftlich gebeten worden, Daten zu Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude zur Verfügung zu stellen. Dies sei in der Beiratssitzung am 15. Juli 2013 als Anfrage eingebracht worden. In der Sitzung am 25. November 2013 wurde die Anfrage von der Verwaltung beantwortet mit der Zusage, der Agentur Barrierefrei die erforderlichen Unterlagen unverzüglich zur Verfügung zu stellen. Inzwischen seien weitere sechs Monate nach dieser Zusage vergangen, ohne dass etwas für die Beiratsmitglieder Erkennbares geschehen sei. Er möchte von der Fachverwaltung den aktuellen Sachstand wissen.

Die Anfrage wird beantwortet von Frau Güdelhöfer, Amt für Gebäudemanagement:

Frage 1:

Steht die Gebäudeliste mit Angabe der Ansprechpartner vor Ort der Agentur Barrierefrei NRW mittlerweile zur Verfügung?

Antwort:

Die Gebäudeliste in Bezug auf Barrierefreiheit befindet sich noch in der verwaltungsinternen Abstimmung. Es sind nur noch wenige offene Punkte zu klären, sodass die Liste in Kürze vorliegt.

Frage 2:

Besteht zum weiteren Vorgehen Kontakt zur Agentur Barrierefrei NRW?

Antwort:

Nach abschließender Fertigstellung der Gebäudeliste in Bezug auf Barrierefreiheit ist vorgesehen, Kontakt mit der Agentur Barrierefrei NRW aufzunehmen. Unabhängig davon bereitet die Stadtverwaltung auf Basis der bereits bestehenden Zugänglichkeitsmerkmale zur Barrierefreiheit in städtischen Gebäuden einen entsprechenden Internetauftritt vor.

Frage 3:

Über die TU Dortmund bestand das Angebot, den Erhebungsprozess in Düsseldorf zu unterstützen. Sind hier bereits gemeinsame Aktivitäten zu verzeichnen?

Antwort:

Die Stadtverwaltung hat sich mit Aufstellung der Gebäudeliste in Bezug auf Barrierefreiheit zunächst ein eigenes Bild in den Feldern Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit gemacht. Das Angebot der TU Dortmund wird grundsätzlich als positiv aufgenommen. Nach Gesprächen mit der Agentur Barrierefrei ist auch ein Termin mit der TU Dortmund geplant. Eine Kontaktaufnahme ist allerdings noch nicht erfolgt.

Auf die ergänzende Frage von Herrn Kozyk, wann konkret damit zu rechnen sei, dass die Liste der Agentur vorgelegt werde, antwortet Frau Güdelhöfer, das könne sie nicht verbindlich sagen, sie rechne jedoch damit, dass dies im Laufe des Jahres erfolge.

Ratsfrau Ott erklärt ihre Verwunderung, dass ein Termin mit der TU Dortmund zwar geplant, aber noch nicht erfolgt sei. Sie rege an, das Angebot der TU umgehend anzunehmen und die Gespräche aufzunehmen.

Frau Güdelhöfer sagt zu, die Anregung in ihr Amt mitzunehmen.

Der Vorsitzende erklärt abschließend, der Beirat erwarte bis zur nächsten Sitzung in diesem Punkt vorzeigbare Ergebnisse.

4. Stufenmarkierung Rathaus, Gebärdensprachdolmetscherinnen beziehungsweise Gebärdensprachdolmetscherinnen bei Livestreams der Ratssitzungen, Untertitelung von Videos im Internet

Die Punkte werden von Herrn Prof. Dr. Meyer-Falcke als dem zuständigen Beigeordneten erläutert.

a) Stufenmarkierung im Rathaus

Die Stufenmarkierung im Innenbereich sei bereits vor längerer Zeit durchgeführt worden, im Außenbereich sei die Markierung am heutigen Tag erfolgt. Verzögerungen erklärt er unter anderem mit der Suche nach einem geeigneten wetterfesten Material. Bei der Frage nach der Verlängerung der Handläufe bitte er noch um etwas Geduld; es seien noch Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Denkmalschutz zu lösen.

Aufgrund der geänderten Zusammensetzung des Rates nach der Kommunalwahl seien im Plenarsaal Umbauten erforderlich. Diese wolle man nutzen, um dort ebenfalls die Stufenmarkierung anzugehen.

b) Untertitelung von Videobeiträgen im Internet

Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke erläutert, die BITV 2.0 schreibe ausdrücklich vor, dass Videobeiträge zu untertiteln seien. Da die BITV 2.0 bei der Neugestaltung des Internetauftritts Anwendung finde, werde dies auch berücksichtigt. Wenn Videos künftig ins Internet gestellt werden, müssten diese auch untertitelt werden, da gebe es keinen Spielraum. Bei der Vielzahl potenzieller Videos aus den unterschiedlichen Ämtern, müsse allerdings gewährleistet sein, dass die Internetredaktionen der Fachämter dieses Thema auch mitdenken, das heißt entsprechende Texte erstellen beziehungsweise beauftragen.

c) Livestreams der Ratssitzungen

Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke berichtet, dass der Rat in seiner letzten Wahlperiode beschlossen habe, für eine bestimmte Anzahl übertragener Sitzungen ein sogenanntes Evaluationsverfahren (Auswertung, Bewertungsverfahren) durchzuführen. In diesem Verfahren werde zum Beispiel überprüft, wie viele Menschen dem Livestream folgen, wie deren Resonanz gewesen sei, ob es Vorbehalte von Seiten der gefilmten Personen gebe, mit welchen Kosten zu rechnen sei, wie der zusätzliche Aufwand einzuschätzen sei und ob es womöglich technische Probleme gebe. Der abschließende Bericht zu dieser Evaluation werde voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses (28. August) von der Verwaltung vorgelegt. In diesem Zusammenhang sei selbstverständlich die Frage nach Gebärdensprache und Untertitelung aufgekommen. Dabei stelle sich auch die Frage nach der Höhe der zu erwartenden Kosten und wer sie übernehme. Eine darüber hinausgehende Untertitelung des Livestreams (der gemäß BITV 2.0 wie ein Video zu werten und damit zu untertiteln ist) sei technisch und finanziell eine Herausforderung. Die Untertitelung einer vollständigen Ratssitzung könne derzeit nicht mit Spracherkennungssoftware gemacht werden, das führe zu unbefriedigenden Ergebnissen. Eine simultane Untertitelung durch Stenografen verursache erhebliche Kosten. In Duisburg und Essen würden beispielsweise lediglich der Name des Vortragenden sowie der Tagesordnungspunkt eingeblendet. Alle diese Punkte bedürften einer intensiven Klärung.

Die von der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in der letzten Wahlperiode eingebrachten Anträge zur Frage der Suchmaschinen/Auffindbarkeit auf den Internetseiten und des barrierefreien Internets, würden in dem Zusammenhang mit beantwortet werden.

Ratsfrau Ott bittet darum, die von ihrer Fraktion auch im Rat angeregte Speicherung der Livestreams für einen begrenzten Zeitraum in den Evaluierungsprozess aufzunehmen. Damit solle der Tatsache Rechnung getragen werden, dass nicht alle Bürgerinnen und Bürger genau zur Übertragungszeit und an diesem Tag der Sitzung bis zu acht Stunden folgen können oder wollen. Dies gelte nicht ausschließlich für Menschen mit Behinderung, sondern beispielsweise auch für alle berufstätigen Menschen und für Menschen mit sprachlichen Barrieren, die sich Beiträge mehrfach anhören müssten. Bei einer zeitweisen Speicherung bestünde dann die Möglichkeit, mithilfe des Sitzungsprotokolls eine Untertitelung nachträglich zu ergänzen. Zusätzlich empfehle sie, dass mindestens der Ausschuss für Gesundheit und Soziales und auch der Beirat für Menschen mit Behinderung in die Übertragung einbezogen werden sollte, da sich diese Gremien mit den Themen befassen, die für Menschen mit Behinderung besonders wichtig seien.

Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke antwortet, dass er den Rohentwurf des Evaluierungsberichtes vorliegen habe, der sich unter anderem auch der Archivierung von Ratssitzungen widme. Er werde den AGS und den Beirat ergänzen.

Frau Pohlmann bezweifelt, dass die Handläufe zum ursprünglichen Baubestand des historischen Rathauses gehören. Wenn diese zu einem späteren Zeitpunkt eingebaut worden seien, dann könne auch der Denkmalschutz nicht als Begründung angeführt werden, um auf

eine Verlängerung der Handläufe zu verzichten. Mit der Thematik habe sich der Beirat bereits vor Jahren befasst (Niederschrift zu TOP 3b vom 6. Juni 2011).

Auf Nachfrage von Ratsherrn Kirschbaum teilt Herr Prof. Dr. Meyer-Falcke mit, dass die Testphase, die die Grundlage des Evaluierungsprozesses bilde, beendet sei. Man habe jedoch weiterhin die Sitzungen als Livestream übertragen, weil der Bericht noch nicht im POA abschließend besprochen worden sei. Statt - wie geplant - für vier Sitzungen, habe man die Zugriffszahlen nunmehr für acht Sitzungen aufgezeichnet – im Durchschnitt seien 600 bis 700 Düsseldorferinnen und Düsseldorfer interessiert, dabei seien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt bereits herausgerechnet worden.

5. Vierter Bericht zu den Maßnahmen zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung – Stand und Ergebnisse 2013

Herr Buschhausen berichtet eingangs, dass die Verwaltung zum vierten Mal den Mitgliedern des Beirats einen Bericht der Verwaltung zum Stand der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes Nordrhein-Westfalen vorstelle. Dieser Sachstandsbericht werde jährlich von der Behindertenkoordination auf der Basis der Informationen der verschiedenen Ämter zusammengestellt. Bei diesem Bericht handele es sich um einen Verwaltungsbericht, der dem Beirat zur Kenntnis gegeben werde, von diesem allerdings nicht geändert werden könne. Die Beiratsmitglieder könnten jedoch Empfehlungen zum Bericht abgeben, die im Anschluss zusammen mit dem Bericht den beteiligten Fachausschüssen und abschließend dem Rat vorgelegt würden.

Wegen der Sitzungszüge von Rat und Ausschüssen sei in diesem Jahr allerdings die Zeit eng bemessen, sodass bereits am 23. Juni die Unterlagen für die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales eingereicht werden müssten. Daher bittet er darum, mögliche Anmerkungen entweder direkt zu Protokoll zu geben beziehungsweise bis kommenden Mittwoch, den 18. Juni, einzureichen.

Herr Dr. Piltz meldet sich zu Wort und bezieht sich auf Seite 16 des Berichts. Er rege an, zu prüfen, ob es eine kostengünstigere Variante als die Absenkung von Bordsteinkanten an Gehwegen gebe. Anderenorts werde der Niveauunterschied zur Straße lediglich mit Asphalt angegossen. Die, seines Wissens, mit mindestens 2.000 Euro zu veranschlagenden Kosten der Absenkungen seien zu hoch. Mit einer weiteren Frage bezieht er sich auf die Ziffer 3.10 des Berichts (Seite 46 ff.) und fragt, ob in Düsseldorf gastronomische Betriebe aufgrund fehlender Behindertentoiletten schließen müssten. Ähnliches habe er zum Beispiel aus anderen europäischen Ländern gehört.

Ratsherr Janetzki erwidert, man sei in Düsseldorf, was das Thema Absenkung von Gehwegen im Kreuzungsbereich betreffe, vorbildlich. Herr Kozyk weist darauf hin, dass die Absenkung normgerecht und den städtischen Gestaltungsstandards entsprechend umgesetzt werde. Eine sogenannte Nullabsenkung, also ein niveaugleicher Übergang, bedeute eine Gefahr für blinde und sehbehinderte Menschen. Für Düsseldorf sei eine gute Kompromisslösung gefunden worden.

Herr Buschhausen weist darauf hin, dass bei geplanten Umbauten gleichzeitig auch die Bordsteinabsenkung erfolge, was nahezu eine Kostenneutralität bedeute.

Bezüglich der angesprochenen Probleme für die Gastronomie weist er darauf hin, dass dies keine kommunale Angelegenheit sei, sondern eher landes- beziehungsweise bundesrechtlich geregelt werde.

Herr Wessels ergänzt, dass lediglich bei Neueröffnungen von Gaststätten eine Behindertentoilette eingerichtet werden müsse, nicht im Bestand. Darüber hinausgehend sei ihm bekannt, dass der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) eine Zielvereinbarung über die Barrierefreiheit ihrer Mitgliedsbetriebe mit der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Selbsthilfe abgeschlossen habe, die möglicherweise Regelungen auch zu dieser Thematik enthalte.

Herr Fischer berichtet über die neue Behindertentoilette auf dem Benrather Marktplatz und erwähnt, dass für deren Benutzung ein sogenannter Euroschlüssel zu verwenden sei. Viele Menschen wüssten nicht, wo sie diesen bekommen könnten.

Herr Buschhausen erklärt, der Euroschlüssel werde gegen eine einmalige Gebühr und den Nachweis der Behinderung durch den Club Behinderter und ihrer Freunde (CBF Darmstadt) e. V. vertrieben. Mit diesem Schlüssel könnten Menschen mit Behinderung die Toiletten kostenlos nutzen, alle anderen Bürgerinnen und Bürger können die Toiletten ebenfalls, allerdings gegen eine Gebühr, nutzen. Diese Information sei Menschen mit Behinderung in der Regel bekannt.

Frau Hermanns ergänzt, es sei sinnvoll, diesen Hinweis auf die Bezugsmöglichkeit des Schlüssels an der Toilettentür anzubringen und auch auf der Internetseite der Stadt Düsseldorf zu veröffentlichen.

Herr Buschhausen antwortet, dass sowohl auf der städtischen Internetseite als auch in der Broschüre „Wegweiser für Menschen mit Behinderung“ über die Funktion des Euroschlüssels und die Bezugsmöglichkeit informiert werde. Das Problem bestehe vermutlich derzeit in Benrath, weil die Toilette dort neu aufgestellt worden sei. Aus anderen Stadtteilen seien derartige Probleme nicht bekannt.

Ratsfrau Ott wünscht, dass der nächste Bericht quartiersorientiert erstellt werde. Es solle darüber informiert werden, was in den Stadtbezirken geschehe. Sinnvoll seien tabellarische Übersichten der Bezirke.

Weiterhin regt sie an, eine Übersicht der anzumietenden barrierefreien Räumlichkeiten – sortiert nach Stadtbezirken – zu erstellen. Sie habe versucht, schulische Räumlichkeiten anzumieten, allerdings sei nicht einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort bekannt, ob die Räume barrierefrei seien.

Sie appelliert an die Behindertenvertreterinnen und Behindertenvertreter im Beirat, dass diese ihre Vorstellungen und Wünsche für die neue Wahlperiode in den nächsten Tagen den Parteien übermitteln sollten. Rückblickend auf die abgelaufene Wahlperiode des Beirates sei es aus ihrer Sicht gut, wenn der Beirat gestärkt werde und mehr Kompetenzen erhalte. Ihr

Rat laute: „Nutzen Sie die Zeit, in der sich alle Parteien neu aufstellen, um diesen Ihre Vorstellungen mitzuteilen.“

Herr Buschhausen antwortet, dass die Anregung zu den Veranstaltungsräumen in den Schulen an das Schulverwaltungsamt weitergegeben werde.

Hinsichtlich des geforderten Stadtteilbezugs sehe er das zum Teil bereits im Bericht umgesetzt. Er nehme die Anregung aber auf, zu überdenken, ob der kommende Bericht entsprechend umzustrukturieren sei.

Herr Buschhausen betont abschließend, dass er die vorangegangenen Diskussionsbeiträge nicht als Anmerkungen verstehe, die dem Bericht bei der Vorlage beizufügen seien.

Er bittet die Mitglieder stattdessen, ihre Anmerkungen im Rahmen der genannten Frist bis Mittwoch, 18. Juni, schriftlich einzureichen.

6. Berichte aus den Runden Tischen

a) Runder Tisch Bauen (RTB)

b) Runder Tisch Verkehr (RTV)

Herr Schlachetzki trägt den Bericht des RTB sowie, im Auftrag von Herrn Fladerer, den Bericht des RTV vor (siehe Anlage).

Herr Fladerer ergänzt, das Leitsystem durch den Düsseldorfer Hauptbahnhof sei landesweit als vorbildlich zu betrachten. Er gehe davon aus, dass der Konrad-Adenauer-Platz genauso vorbildlich ausgebaut werde. Sicherlich werde nach dessen Fertigstellung für viele Jahre dann keine Veränderung mehr erfolgen. Daher sei es nicht zu vertreten, wenn die Stadt die Blinden auf dem kurzen Abschnitt zwischen Konrad-Adenauer-Platz und Fernbusbahnhof „im Dunkeln stehen lasse“.

Herr Kozyk unterstützt, der RTV greife die gleiche Problematik wie der RTB auf, es entstehe eine geringfügige Lücke, weil Gelder nur für ein bestimmtes abgestecktes Areal oder für einzelne Gebäude zur Verfügung stünden, aber nicht für die notwendige Installation zur Auffindbarkeit. Das bedeute, eines von drei Hauptkriterien nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (Zugänglichkeit, Nutzbarkeit und Auffindbarkeit) sei nicht gegeben. Dementsprechend müsse man konsequenterweise eigentlich auch die Zustimmung zur Barrierefreiheit verweigern. Dies hätte möglicherweise zur Folge, dass der Stadt Fördermittel verloren gingen. Er wolle es nicht auf die Spitze treiben, aber es sei dringend erforderlich, dass innerhalb der Verwaltung eine Möglichkeit gefunden werde, ämterübergreifend und dezernatsübergreifend Finanzierungstöpfe und Planungen zu haben, die auch die notwendigen begleitenden Maßnahmen, unter anderem die Auffindbarkeit, gewährleisten.

Herr Schlachetzki ist der Auffassung, es müsse innerhalb der Verwaltung eine Stelle eingerichtet werden, die sich übergreifend um diese Thematik kümmere. Beispielsweise habe man auf dem Teilstück zwischen Konrad-Adenauer-Platz und Fernbusbahnhof im vergangenen Jahr Leitungen verlegt. Bei einem koordinierten Vorgehen, hätte man dort mit

geringfügigem finanziellen Aufwand Rippenplatten verlegen und damit das Leitsystem verlängern können, stattdessen seien die alten Platten wieder verlegt worden.

Herr Fischer bedauert, dass er als Beiratsmitglied keine Anträge oder Anfragen in den Fachausschüssen stellen könne. Wenn es von den Vorsitzenden zugelassen werde, sei es ihm lediglich gestattet, zu Themen, die auf der Tagesordnung stünden, Fragen zu stellen. Seines Erachtens müsse durch eine Änderung der Geschäftsordnung den Mitgliedern des Behindertenbeirates auch das Recht zu Anträgen und Anfragen in den Ausschüssen eingeräumt werden.

Abschließend regt der Vorsitzende an, dass die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Ratsfraktionen diese Thematik in den Fachausschüssen ansprechen und hierzu eine gemeinsame Anfrage stellen.

Der Beirat schließt sich einstimmig diesem Vorschlag an.

7. Mitteilung der Verwaltung

a) Neuauflage des „Wegweisers für Menschen mit Behinderung“

Herr Dölling teilt mit, dass die zweite aktualisierte Fassung des „Wegweisers für Menschen mit Behinderung“ in einer Neuauflage mit 4.200 Exemplaren erschienen sei. Im Internet sei unter www.duesseldorf.de eine barrierefreie PDF-Broschüre veröffentlicht. Zusätzlich werde eine Audioversion im sogenannten DAISY-Format für blinde und sehbehinderte Menschen in Auftrag gegeben. Die Druckversion des Wegweisers könne bei der Behindertenkoordination bestellt werden. Alle in der Broschüre aufgeführten Vereine und Institutionen hätten Exemplare erhalten. Er bittet um Verständnis, dass die Broschüre für die Zielgruppe Menschen mit Behinderung erstellt worden sei und insofern auch vorrangig an die Zielgruppe versandt werde. Wer eine Broschüre bestellen möchte, könne dies mit den ausgelegten Bestellkarten machen.

b) Durchgang zum barrierefreien Zugang zum Rathaus

Frau Güdelhöfer trägt die Antwort des Amtes für Gebäudemanagement zur Nachfrage bezüglich Top 6, Ziffer 12, der Sitzung vom 25. November 2013 vor.

Zu den Wünschen des Beirats für Menschen mit Behinderung nimmt das Amt für Gebäudemanagement wie folgt Stellung:

In der letzten Beiratssitzung vom 25. November 2013 erklärt Frau Bellstedt zu Top 6, Ziffer 12 - Durchgang zum barrierefreien Zugang zum Rathaus -: „Sie wundere sich über die Antwort der Verwaltung (Anlage 9k der Niederschrift vom 15. Juli 2013), wonach der Drehknopf vor einiger Zeit in Abstimmung mit den vor Ort ansässigen Fraktionen zur Zugangssicherung habe verschweißt werden müssen. Dies sei ihr völlig unbekannt. Sie bittet die Verwaltung um eine Erläuterung.“

Antwort:

Der Vorgang liegt etwa zwei Jahre zurück und wurde nicht protokolliert. Welche Fraktionsmitglieder im Einzelnen ihre Zustimmung gegeben haben, ist nicht mehr festzustellen.

Der Zugang zum Innenhof ist seit dieser baulichen Maßnahme nach 19 Uhr beziehungsweise nach beendeten Spätveranstaltungen im Rathaus nur mit Schlüssel möglich.

Gleichwohl befürwortet das Amt für Gebäudemanagement die Beibehaltung der Sicherheitsmaßnahme, weil damit der kontrollierte Zugang zum Gebäude in den Abendstunden gewährleistet ist.

Frau Bellstedt ergänzt, es gehe nicht darum, dass man hineinkomme, sondern darum, dass sich die Tür von innen ohne Schlüssel nicht mehr öffnen lasse.

c) Beteiligung bei der Rehacare / Schreiben an den Seniorenbeirat

Herr Dölling berichtet, der Beirat habe sich in seiner Sitzung am 25. November 2013 mit dem Antrag von Frau Hermanns befasst, dass die Stadt Düsseldorf die Kosten für einen gemeinsamen Stand der Behindertenselbsthilfe, der ARGE e. V., des Beirats für Menschen mit Behinderung und des Selbsthilfeservicebüros auf der Messe Rehacare übernehmen solle.

Im Sitzungsverlauf bildete sich der Vorschlag heraus, dass sich der Beirat für Menschen mit Behinderung gemeinsam mit dem Seniorenbeirat an dessen Stand präsentieren könne. Begründet wurde dies mit den vielen Schnittstellen in der Arbeit der beiden Beiräte, wie zum Beispiel bei der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, in Gebäuden und im Öffentlichen Personennahverkehr sowie alternative Wohnformen, Quartiersentwicklung und Mobilität.

Abschließend sei beschlossen worden, den Messestand um die Belange von Menschen mit Behinderung zu erweitern und zu ergänzen und mit diesem Ansinnen mit dem Seniorenbeirat ins Gespräch zu gehen.

Dieser habe die schriftliche Zusage gegeben, dass Beiratsmitglieder am Stand des Seniorenbeirats Besucher beraten und durch kleine Fachvorträge Informationen geben können. Ebenfalls werde Platz angeboten, Informationsmaterial des Beirats auszulegen.

Zur Umsetzung dieser geplanten Kooperation habe ein erstes Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Seniorenbeirats, Herrn Jungbluth, und der Behindertenkoordination stattgefunden.

d) Quadriennale 2014

Herr Dölling teilt mit, die Geschäftsführung der Quadriennale habe zwischenzeitlich erklärt, dass in diesem Jahr keine Arbeitssitzung des Arbeitskreises Pädagogik mehr stattgefunden habe, insoweit sei auch keine Einladung erfolgt. Es werde angeboten, den Arbeitskreis zu einer Sondersitzung mit Mitgliedern des Beirats einzuladen.

Für die diesjährige Quadriennale sei eine Einflussnahme kaum mehr möglich, insbesondere was die Öffentlichkeitsarbeit betrifft. Allerdings sollte im Vorfeld einer möglichen Neuauflage der Quadriennale die Interessen der Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden.

Zu diesem Angebot werde der Beirat um ein Meinungsbild gebeten.

Herr Fischer antwortet, er halte es für wichtig, so früh wie möglich ins Gespräch zu kommen, wenn die Forderungen des Beirates durchgesetzt werden sollen.

Der Beirat nimmt einstimmig den von Herrn Buschhausen eingebrachten Vorschlag an, die Geschäftsführerin der Quadriennale in eine der nächsten Sitzungen einzuladen, um deren bisherige Aktivitäten im Hinblick auf die Barrierefreiheit vorzustellen, gleichzeitig auch die Forderungen des Beirates für die Zukunft darzulegen.

e) Barrierefreie Sitzungen

Abschließend weist Herr Dölling darauf hin, dass dem Beschluss des Beirates vom 24. März folgend eine Arbeitsgruppe zusammengestellt werde, die sich in Kürze treffe, um Empfehlungen für einen barrierefreien Sitzungsverlauf zu erarbeiten.

8. Verschiedenes

Frau Hampe berichtet von den Special Olympics der Menschen mit geistiger Behinderung, die in der Zeit vom 19. bis 23. Mai in Düsseldorf stattgefunden hat. Der Beirat hatte sich im Vorfeld in seiner Sitzung am 25. November des vergangenen Jahres damit befasst.

Die Eröffnungsveranstaltung sei so gut besucht gewesen, dass viele Menschen draußen bleiben mussten. Die Beteiligten hätten eine sehr große Begeisterung gezeigt. Neben der Eröffnungsveranstaltung sei sie auch bei einzelnen Sportveranstaltungen gewesen. Bei den Schwimmwettbewerben in Wuppertal sei die schlechte Erreichbarkeit der „Olympic Town“ bedauert worden. Sie berichtet von der schönen und offenen Atmosphäre der Spiele. Als Beispiel nennt sie das Bowling. Dort habe es in einer Gruppe gar keine Konkurrenz gegeben, trotzdem habe man den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Goldmedaille überreicht. Die Menschen mit geistiger Behinderung hätten sehr viel geleistet und eine bemerkenswerte Begeisterung gezeigt, die auch das Publikum „angesteckt“ habe. Es bleibe abzuwarten, ob die Veranstaltung nachhaltige Auswirkungen auf den Behindertensport in Düsseldorf habe.

Im Nachgang der Spiele sei sie gefragt worden, ob man nicht das Thema Inklusion im Sport durch einen eigenen „Runden Tisch Sport“ unterstützen könne unter Beteiligung des Sportamtes und weiterer verantwortlicher Stellen.

Anschließend berichtet Frau Dill, sie habe während der gesamten Woche der Special Olympics am Stand der Lebenshilfe Düsseldorf e. V. verbracht. Sie betont ebenfalls die besondere Atmosphäre der Veranstaltungen. Es sei wunderschön gewesen, zu sehen, dass alle mit Eifer und vor allem Begeisterung dabei gewesen seien. In dieser Woche seien sehr viele Menschen mit Behinderung in der Stadt gewesen, die Düsseldorf als eine sehr freundliche, offene Stadt empfunden hätten. Nun müsse überlegt werden, wie dies für die Zukunft genutzt werden könne. Auch die Abschlussveranstaltung sei großartig gewesen. Alle

hätten dort gemeinsam sich und ihre Erfolge gefeiert. Sport biete aus ihrer Sicht eine ganz hervorragende Plattform, das Thema Inklusion voranzubringen.

Herr Borzim berichtet ebenfalls von seinen Erfahrungen mit den Special Olympics. Er habe als Zuschauer teilgenommen und Fotos gemacht und wolle auch einen Bericht darüber schreiben. Er unterstütze jede Form von Behindertensport.

Herr Buschhausen unterstreicht den positiven Charakter der Spiele, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die Gelegenheit hatten, in irgendeiner Form an den Veranstaltungen teilzunehmen, seien mit sehr positiven Erfahrungen zurück gekommen. Er gehe davon aus, dass dies eine nachhaltige Wirkung in Düsseldorf habe. Die Gründung eines Runden Tisches Sport hält er jedoch nicht für notwendig. Das Thema sei im Sportamt angekommen, der bestehende Runde Tisch „Kinder Jugend und Familie“ werde das Thema aufgreifen und behandeln.

Herr Buschhausen greift das Thema Schulassistentz auf, das Frau Humpert-Kalb bereits zur Tagesordnung angemeldet hatte. Das angesprochene Thema betreffe die Ausschreibung der Schulassistentz. Das Verfahren sei seitens der Liga Wohlfahrt gerügt worden. Die Rüge, die durch den Caritasverband vertreten werde, werde derzeit noch vor der Vergabekammer weiter behandelt. Ausgeschrieben wurde die „Pooling-Lösung“: Einzelfälle seien auch im Falle einer solchen Lösung immer möglich. Es sei kein finanzielles Problem, es seien ausreichende Mittel im Haushalt für 2014 und 2015 eingesetzt.

Das Verfahren vor der Kammer laufe noch, die Stadt werde die bisherigen Anbieter zwecks Leistungs-, Qualitäts- und Vergütungsvereinbarungen anschreiben. Mit jedem Anbieter werde separat verhandelt. Einen Einheitspreis für die Liga gebe es nicht mehr. Der Preis müsse differenzierter dargestellt werden, was nicht bedeute, dass er höher sein müsse. Im Laufe des Jahres werde die Verwaltung im Fachausschuss und im Beirat darüber berichten.

Herr Fischer erinnert daran, dass im vergangenen Jahr über die verkehrssichere Umgestaltung der Kreuzung Karl-Hohmann-Straße/Nürnberger Straße im Beirat gesprochen wurde. Der Vertreter des Amtes für Verkehrsmanagements habe in der Sitzung am 15. Juli 2013 zugesagt, dass am Jahresanfang 2014 zunächst ein Provisorium gebaut werden solle, Mitte des Jahres werde mit der Installation einer Ampelanlage das Projekt abgeschlossen. Herr Fischer bedankt sich ausdrücklich beim Amt für Verkehrsmanagement, dass alles termingerecht umgesetzt worden sei.

Bürgerfragestunde

Ein Bürger regt an, ähnlich wie die Tagesordnungen sollten Niederschriften und vollständige Sitzungsunterlagen im Internet veröffentlicht werden.

Der Vorsitzende stellt klar, dass die Niederschriften im Internet veröffentlicht werden, allerdings erst nach der Genehmigung durch den Beirat. Damit sei den Beiratsmitgliedern die Möglichkeit zu Korrekturen gegeben. Dies wird von Herrn Klussmann unterstützt. Er benötige als hörbehinderter Mensch die schriftliche Form, um genügend Zeit zu haben, sich mit dem Inhalt auseinanderzusetzen und dann gegebenenfalls Änderungen vornehmen zu lassen.

Herr Schortmann berichtet, er habe erfahren, dass Mitte nächsten Jahres über die Zukunft der Straßenbahnlinie 708 entschieden werden solle. Er äußert den Wunsch, der Beirat und der Runde Tisch Verkehr mögen sich dieses Themas annehmen.

Herr Buschhausen antwortet, der RTV habe sich bereits mit dem Thema befasst. Es betreffe nicht ausschließlich Menschen mit Behinderungen, sondern sei ein Thema der allgemeinen Verkehrsentwicklungsplanung. Die Fachausschüsse des Rates widmeten sich dieser Thematik; dort würden alle Aspekte einbezogen, auch die von Menschen mit Behinderung.

Herr Lichtenberg lobt die Special Olympics. Er betont, dass er selber aus dem Behindertensport komme und auf die Nachhaltigkeit dieser Spiele hoffe. Der Behindertensport in der Stadt möge dadurch deutlich Rückenwind bekommen und es sollten entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden. Ebenso könne er sich noch einmal ähnliche Spiele in Düsseldorf vorstellen. Während der Spiele habe die Resonanz in Presse, Rundfunk und Fernsehen zugenommen. Im Vorfeld der SOD habe es jedoch wenig Werbung gegeben. Er kritisiere hier nicht die Stadt. Seine Kritik richte sich vorrangig an die Düsseldorf Marketing und Tourismus (DMT), die die SOD besser hätte vermarkten müssen.

Der Vorsitzende sagte zu, dass die Signale an den zuständigen Dezernenten herangetragen werden.

Ratsherr Janetzki schließt die öffentliche Sitzung mit dem Hinweis auf die nächste Sitzung, die konstituierende Sitzung des neuen Beirats am Montag, den 10. November, um 14 Uhr.

Ende der Sitzung: 16.30 Uhr

Wessels
stellvertretender Vorsitzender

Müller
Schriftführung

Anlagen

Bericht Runder Tisch Bauen
Bericht Runder Tisch Verkehr